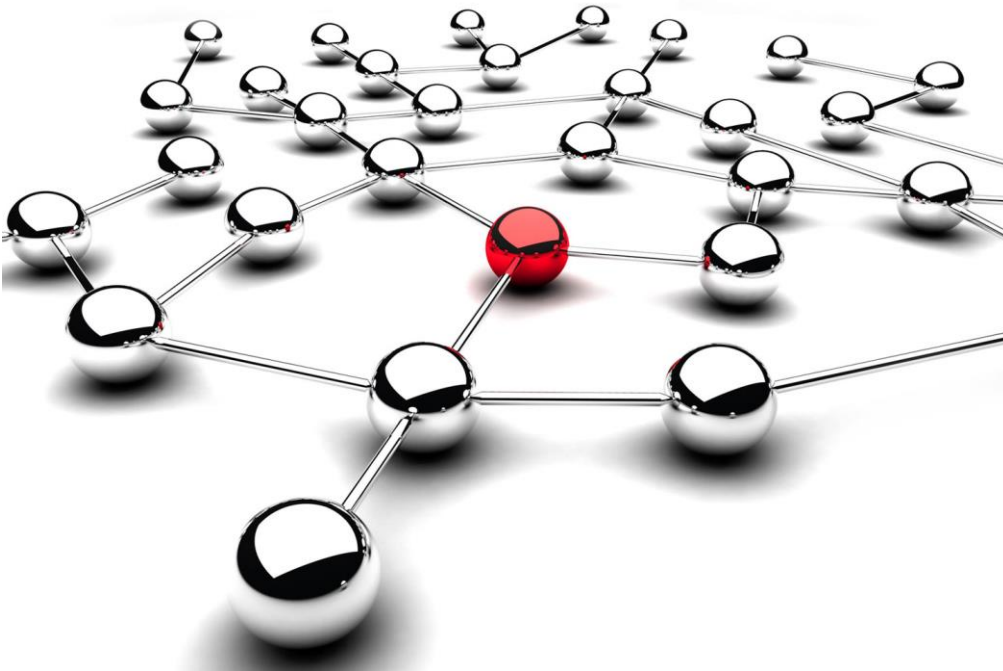


Dossier Wirtschaftspolitik
2014/07 | 15.09.2014

Diagnose Österreich - Herbst 2014

Einschätzung und Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds, des österreichischen Fiskalrates, der Europäischen Kommission und der OECD zur österreichischen Wirtschaftspolitik



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
www.wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4269
stephan.henseler@wko.at

unter Mitarbeit von
Mag. Bernhard Romstorfer
Mag. Greta Maier
Mag. Birgit Ebenführer

Inhaltsverzeichnis

1 Executive Summary	3
2 Internationaler Währungsfonds (IWF) Fokus: Bankenumstrukturierung und Makrostabilisierung vorantreiben	5
3 Fiskalrat Fokus: Konsolidierung unter Einhaltung der EU-Fiskalregeln	7
4 Europäische Kommission (EK) Fokus: Pensionssystem reformieren und Faktor Arbeit entlasten	9
5 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (OECD) Fokus: Strukturreformen umsetzen, Bildungssystem reformieren	12
6 Zusammenfassung & Einschätzung der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik	14
7 Quellen	16

1 Executive Summary

Generell bewerten die internationalen Organisationen die Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten Österreichs im EU-28-Vergleich als vorsichtig positiv. Unter anderem wird Österreich mit einer guten Arbeitsmarktpformance, vergleichsweise höherem Wirtschaftswachstum, einer guten Außenhandelsperformance sowie einer robusten Binnennachfrage in Verbindung gebracht.

Österreich in vielen Belangen im EU-Vergleich gut aufgestellt

Bei ihrer Einschätzung weisen die Organisationen jedoch auf weiterhin bestehende Herausforderungen hin. Zu bedenken geben unter anderem das hohe Staatsschuldenniveau (trotz laufender Konsolidierungsbemühungen), das unter anderem seine Begründung in Einmaleffekten der Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank findet, fehlende und ausstehende, aber dringend notwendige Strukturreformen (bei Pensionen, Bildung, Gesundheit und in der Verwaltung) sowie die enge wirtschaftliche Verknüpfung Österreichs mit der Region der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL).

Aber internationale Organisationen identifizieren vorhandene Schwachstellen

Grundsätzlich lassen sich die Empfehlungen der Organisationen für Österreichs zukünftige Wirtschaftspolitik in folgende Bereiche einteilen:

- Bankenumstrukturierung und Makrostabilisierung vorantreiben
- Konsolidierung unter Einhaltung der EU-Fiskalregeln
- Pensionssystem reformieren und Faktor Arbeit entlasten
- Strukturreformen umsetzen, Bildungssystem reformieren

Eine ambitionierte Umsetzung dieser Empfehlungen, die sich zu einem großen Teil auch mit Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich decken (siehe **Zukunft:Wirtschaft** bzw. **AGENDA 2014**), ist unumgänglich, um den Wirtschaftsstandort Österreich mittel- und langfristig zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu erhöhen.

Empfehlungen der internationalen Organisationen von WKÖ schon wiederholt vorgebracht

Dies erscheint auch aufgrund Österreichs Abschneiden in einigen internationalen Standortrankings in den letzten Jahren (siehe **Monitoring Report 2014** der Wirtschaftskammer Österreich) - dringend notwendig.

Damit die österreichische Wirtschaft und der Standort Österreich nicht an Attraktivität verlieren, gilt es, adäquate Rahmenbedingungen zu schaffen und eine ambitionierte sowie zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik umzusetzen. Dies ist auch für das erfolgreiche Agieren der österreichischen Unternehmen, die der Motor der heimischen Wirtschaft sind, unabdingbar. Die österreichischen Unternehmen leisten einen großen Beitrag zum Erfolg und der Weiterentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten - wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 - waren Österreichs Unternehmen maßgeblich daran beteiligt, dass unser Land relativ gut aus der Krise gekommen ist und auch die schwierigen Jahre 2012 und 2013 relativ gut überstanden hat.

So haben die **465.000 Unternehmen in Österreich** im Jahr 2013 unter anderem

- 184 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung generiert,
- 2,51 Mio. MitarbeiterInnen beschäftigt,
- 120.579 Lehrlinge ausgebildet,
- 108 Mrd. Euro an Löhnen und Gehältern bezahlt,
- 34 Mrd. Euro an Investitionen in Österreich getätigt (in Sachgüter, Ausrüstungen, Infrastruktur, Bauten usw.),
- 125 Mrd. Euro an Waren bzw. 180 Mrd. Euro an Waren und Dienstleistungen ins Ausland exportiert sowie
- 5,49 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung investiert.
- Außerdem wurden im Jahr 2013 insgesamt 36.947 Unternehmen neu gegründet.

Zahlen belegen: Österreichs Unternehmen sind der Motor der heimischen Wirtschaft

Zur Gliederung dieses Dossiers **Diagnose Österreich**:

- Die Reihenfolge der Organisation erfolgt verkehrt chronologisch, d.h. die rezentesten Einschätzungen/Empfehlungen werden zuerst behandelt (d.h. IWF vor Fiskalrat, Europäische Kommission und OECD).
- Nach einer kurzen Konjunktüreinschätzung der Organisation folgt eine Stärken-Schwächen-Bestandsaufnahme, bevor abschließend die wichtigsten Empfehlungen der betroffenen Organisation angeführt werden.
- Am Ende des Dossiers erfolgt eine Zusammenfassung bzw. Einschätzung der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik inkl. einer SWOT-Betrachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich.

2 Internationaler Währungsfonds (IWF)

Fokus: Bankenumstrukturierung und Makrostabilisierung vorantreiben

Der IWF bescheinigt Österreich laut aktuellen Konjunkturzahlen vom September 2014 eine im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten relativ gute wirtschaftliche Performance und solide makroökonomische Fundamentaldaten, senkt aber seine Wirtschaftswachstumsprognose für 2014 von zuletzt 1,7 % auf 1,5 %. 2015 soll Österreich real um 1,7 % wachsen. Laut Prognose vom April 2014 droht Österreich, den Wachstumsvorsprung gegenüber der Eurozone im Jahr 2017 zu verlieren. Für 2019 wird nur noch ein Wachstum von 1,4 % erwartet, damit liegt die Wachstumsprognose unter jener der Eurozone und unter dem Potenzialwachstum Österreichs. Risiken durch die geopolitische Lage, die weiterhin vorhandene Instabilität der Eurozone und der MOEL-Region sowie hervorgerufen durch die volatilen globalen Finanzmärkte bleiben weiterhin bestehen.

Konjunkturindikatoren für Österreich - Internationaler Währungsfonds

Jährliche Veränderung	2010	2011	2012	2013	Prognose	
					2014	2015
BIP (real)	1,8	2,8	0,9	0,3	1,5	1,7
Leistungsbilanz (% BIP)	3,4	1,6	2,4	2,7	3,4	3,5
Inflation (HCPI)	1,7	3,6	2,6	2,1	1,7	1,7
Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Eurostat)	4,4	4,2	4,4	4,9	5,0	4,9

Quelle: IWF - ausgewählte Makroindikatoren Österreichs, Presseausendung 14/423, 15.09.2014

Im Rahmen der 2014 Artikel IV Konsultation vom September 2014 betont der IWF, dass Österreich vergleichsweise besser durch die Krise gekommen ist als andere EU-Staaten. Österreich, so der IWF, habe erste Reformen bei Pensionen und im Gesundheitsbereich eingeleitet. Bezüglich Bankenrestrukturierung und Konsolidierung muss Österreich jedoch nach Einschätzungen des IWF weitere Anstrengungen unternehmen.

Stärken und Schwächen aus Sicht des IWF (Stand September 2014)

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Makroökonomische Fundamentaldaten und Arbeitsmarktdaten (z.B. Arbeitslosenrate) sind relativ gesehen besser als in anderen EU-Staaten, auch wenn es z.T. zu einer leichten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen ist. ▪ Maßnahmen im Gesundheitsbereich und zur Einschränkung von Frühpensionierungen wurden getroffen, mehr Anstrengungen sind aber notwendig, um öffentliche Ausgaben effizienter zu machen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Restrukturierung einiger Banken ist nach wie vor noch nicht abgeschlossen, was möglicherweise mit weiteren Kosten einhergeht. ▪ Es besteht großes Einsparungspotenzial, z.B. bei Pensionen, im Gesundheitsbereich und bei Förderungen sowie Potenzial bei der Föderalismusreform. ▪ Die Steuer- und Abgabenbelastung ist hoch. Der Faktor Arbeit wird stark besteuert. ▪ Das Produktivitätswachstum geht zurück, das Lohnniveau steigt relativ zur Eurozone und das Potenzialwachstum muss gesteigert werden.

Konkrete Empfehlungen des IWF laut Artikel IV Konsultation (Stand September 2014)**Bankenrestrukturierung und -abwicklung vorantreiben sowie Makrostabilität erhöhen:**

Der IWF wiederholt einmal mehr die Empfehlung, die Eigenkapitalbasis der Banken zu stärken und die Umstrukturierung der betroffenen Banken stark zu beschleunigen, um die Kosten für das Budget so gering wie möglich zu halten. Beschlüsse im Rahmen der europäischen Bankenunion sollen so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Eigenkapitalbasis erhöhen und Umstrukturierungen der Banken beschleunigen

Ausgabeneffizienz steigern, Schulden reduzieren und Steuern auf Arbeit senken:

Staatsausgaben in Prozent des BIP und die Abgaben- und Steuerbelastung sind allesamt hoch in Österreich. Außerdem ist die Staatsschuldenquote verhältnismäßig hoch (u.a. im Vergleich der Triple-A Länder der Eurozone). Der IWF rät deshalb zu mehr Ausgabeneffizienz und Einsparungen z.B. im Gesundheitswesen (d.h. höhere Ausgabeneffizienz) und bei Förderungen (d.h. Rationalisierung bzw. Straffung).

Mehr Ausgabeneffizienz und Einsparungen zur Senkung der Staatsverschuldung

Außerdem empfiehlt der IWF, dass Österreich die Föderalismusreform prioritär behandeln soll.

Des Weiteren sollen der Faktor Arbeit entlastet und Sozialversicherungsbeiträge reduziert werden. Eine nachhaltige Reduzierung kann laut IWF nur durch Einsparungen und mehr Ausgabeneffizienz erreicht werden, während eine aufkommensneutrale Steuerreform nur schwer umsetzbar und selten möglich ist.

Faktor Arbeit entlasten und Sozialversicherungsbeiträge reduzieren

Potenzialwachstum und Arbeitsproduktivität erhöhen:

Im globalen Vergleich (insb. mit den USA) sinkt die (Arbeits-)Produktivität, was auch Auswirkungen auf Österreichs Potenzialwachstum hat. Faktoren, die diese Entwicklung z.T. erklären, sind die geringere Anwendung und Verbreitung von IKT, die Risikoaversion in der Bevölkerung und bei Unternehmern, fehlende alternative Finanzierungsformen für Start-ups (z.B. Venture Capital) und übermäßige Regulierung. Außerdem würde sich eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters positiv auf das Potenzialwachstum auswirken, indem diese das Arbeitskräfteangebot erhöhen würde.

Produktivität erhöhen, indem man IKT ausbaut, die Risikobereitschaft erhöht, alternative Finanzierungsformen stärkt und Regulierung verringert

3 Fiskalrat

Fokus: Konsolidierung unter Einhaltung der EU-Fiskalregeln

Basierend auf Prognosen des Internationalen Währungsfonds sowie des WIFO und des IHS ist laut Fiskalrat eine anhaltende Erholung der Weltwirtschaft für 2014 und 2015 (3,6 % bzw. 3,9 %) zu erwarten. Die Lage im Euroraum hat sich nach einem Negativwachstum im Jahr 2013 leicht verbessert (2014: 1,2 %), wobei die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise an Gewicht verloren haben, das Wachstum aber weiterhin leicht dämpfen.

Österreich erwartet eine im europäischen Vergleich günstigere, aber dennoch nur moderate Wirtschaftsentwicklung in der Größenordnung von 1,4 % bis 1,6 % für 2014 und 1,7 % bis 1,9 % für 2015 (Stand Juli 2014). Diese Entwicklung findet u.a. seine Begründung in der zunehmenden Kapazitätsauslastung der Unternehmen, einer zu erwartenden, leichten Ausweitung der Investitionen und einem leichten Anstieg der privaten Konsumausgaben. Es bestehen jedoch Risiken für das Wirtschaftswachstum und den Export, u.a. bedingt durch geopolitische Spannungen in der Ukraine. Was die Entwicklungen am Arbeitsmarkt angeht, sieht der Fiskalrat - wie in den Vorjahren - einen Anstieg der aktiv Erwerbstätigen, aber auch einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote. U.a. aufgrund von Sondereffekten im Zusammenhang mit der Hypo Alpe-Adria-Bank wird Österreich 2014 und 2015 die erforderliche Anpassung des strukturellen Budgetsaldos nicht erfüllen.

Österreich hat im EU-Vergleich günstigere Wirtschaftsentwicklung

Aufgrund geopolitischer Spannungen bestehen Risiken für Wirtschaftswachstum und Export

Stärken und Schwächen aus Sicht des Fiskalrates (Stand Juli 2014)

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Arbeitslosigkeit wird 2014 zwar leicht steigen, im EU-Vergleich aber weiterhin die niedrigste bleiben - bei gleichzeitig steigender Beschäftigung. ▪ Kapazitätsauslastung und Investitionstätigkeit (allen voran Ausstattungsinvestitionen) der österreichischen Unternehmen steigen leicht und tragen somit das Wirtschaftswachstum. ▪ Österreich konnte Anfang 2014 das Verfahren eines übermäßigen Defizites (ÜD) vorzeitig verlassen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 2014 erhöht sich das gesamtstaatliche Budgetdefizit aufgrund der Restrukturierung der Hypo Alpe-Adria-Bank deutlich (von 1,5 % auf ca. 2,7 %). ▪ Somit werden EU-Vorgaben, wie die erforderliche Anpassung des strukturellen Budgetsaldos, nicht erfüllt. ▪ Die Staatsverschuldung Österreichs bleibt nach wie vor hoch. ▪ Budgetpolitischer Spielraum für eine Steuerentlastung oder für zusätzliche Wachstumsmaßnahmen ist - ohne Gegenfinanzierung - in den derzeitigen Budgetplänen nicht vorhanden.

Konkrete Empfehlungen des Fiskalrates zur Budgetpolitik (Stand Juli 2014)

Konsolidierungskurs mit Wachstumselementen und unter Einhaltung der EU-Fiskalregeln fortsetzen:

Die Konsolidierung soll durch gebietskörperschaftsübergreifende Aufgaben-, Kompetenz- und Strukturreformen (Stichworte Föderalismusreform; Finanzbeziehungen zwischen den Regierungsebenen) u.a. in den Bereichen Verwaltung, Bildung/Schule oder Beamte erleichtert und die Effizienz des Förderwesens gesteigert werden.

Reformen bei gleichzeitigem Einhalten bestehender EU-Regeln

Gleichzeitig sollen aber auch Zukunftsinvestitionen in Bildung, Innovation und Forschung getätigt werden, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen.

Das gesamtstaatliche Budgetdefizit soll in der restlichen Legislaturperiode in Richtung Null gebracht werden, was nachhaltige Budgetdisziplin und Stabilitätsorientierung bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern erfordert.

Zukunftsinvestitionen notwendig, um Wachstumspotenzial zu heben

Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch strukturelle Reformen sicherstellen:

Strukturreformpotenzial liegt v.a. in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Bildung, Förderwesen, Steuerstruktur, aber auch in sogenannten „altersbedingten“ Aufgabenbereichen (Pensionen, Pflege, Gesundheit). Ohne Strukturmaßnahmen in diesen Bereichen würden hier zunehmende Finanzierungslücken entstehen. So sollte z.B. bei Pensionen das effektive an das gesetzliche Antrittsalter herangeführt und die steigende Lebenserwartung berücksichtigt werden.

Ohne strukturelle Reformen drohen Finanzierungslücken, v.a. bei Verwaltung, Bildung, Pensionen

Steuerreform unter Einhaltung der EU-Fiskalregeln:

Steuerreformen sollten primär strukturelle Veränderungen bewirken und darauf abzielen, den Faktor Arbeit zu entlasten. Die Gegenfinanzierung soll dabei im speziellen durch nachhaltige Einsparungen auf der Ausgabenseite und durch Verlagerung zwischen den Steuerkategorien erfolgen.

Steuerreform soll v.a. durch nachhaltige Einsparungen finanziert werden

4 Europäische Kommission (EK) Fokus: Pensionssystem reformieren und Faktor Arbeit entlasten

In ihrer Frühjahrsprognose 2014 (vom Mai 2014) erwartet die EK eine langsame Erholung der europäischen Wirtschaft (2014: 1,6 %, 2015: 2,0 %) und des Euro-raumes (2014: 1,2 %, 2015: 1,7 %), die zunehmend von der Binnennachfrage getragen wird. Ebenso sieht die EK Konsolidierungsschritte in den Mitgliedsstaaten sowie eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt auf Europa zukommen. Die Beschäftigung in der Eurozone und in Europa sollte weiter ausgebaut und die Arbeitslosigkeit - ausgehend von den Rekordniveaus im Jahr 2013 - bis zum Jahr 2015 auf 10,1 % in der EU und 11,4 % im Euroraum reduziert werden. Vor dem Hintergrund der niedrigen Inflation sollten die Realeinkommen und die Stabilisierung des Arbeitsmarktes zu einer Erhöhung der Konsumausgaben führen. Weiters wird eine Trendwende bei den Investitionen prognostiziert. Nach einer Zeit der Investitionszurückhaltung werden voraussichtlich sowohl die Bruttoanlageinvestitionen als auch die Bauinvestitionen steigen.

EK anerkennt Konsolidierungsschritte in den Mitgliedsstaaten und sieht Entspannung am Arbeitsmarkt

Trendwende bei den Investitionen erkennbar

Österreichs Wirtschaft befindet sich seit dem zweiten Halbjahr 2013 auf einem leichten Erholungskurs, wobei die EK für 2014 ein Wirtschaftswachstum von 1,6 % und 2015 von 1,8 % erwartet. Damit verzeichnet Österreich gegenüber der Eurozone einen Wachstumsvorsprung in beiden Jahren. Die Prognose zeigt aber auch, dass Österreich 2015 mit 1,8 % realem Wachstum unter dem 2,0 %-Wachstum der EU-28 liegen wird. Die Beschäftigung wird über den Prognosezeitraum weiterhin ausgebaut und die Arbeitslosigkeit reduziert (2014: 4,8 %, 2015: 4,7 %). Im Vergleich der EU-28 weist Österreich damit auch weiterhin die geringste Arbeitslosigkeit in Europa auf. Die Staatsschulden steigen im Jahr 2014 temporär infolge der Abwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank an und sollten 2015 auf 73,2 % zurückgehen (2014: 80,3 %).

Österreich verzeichnet weiterhin Wachstumsvorsprung gegenüber der Eurozone

Konjunkturindikatoren für Österreich - Europäische Kommission

Jährliche Veränderung	Prognose					
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
BIP (real)	1,8	2,8	0,9	0,4	1,6	1,8
Privater Konsum	2,0	0,8	0,5	-0,2	0,7	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	-1,4	8,5	1,6	-0,9	2,2	3,4
Exporte von Waren und Dienstleistungen	9,4	6,6	1,2	2,8	4,4	5,9
Leistungsbilanz (% BIP)	3,6	1,5	1,8	2,7	3,4	3,8
Inflation (HCPI), in %	1,4	2,0	1,7	1,6	1,9	1,7
Beschäftigung	0,6	1,4	1,3	0,7	0,8	0,9
Arbeitslose in % der Erwerbsspersonen (Eurostat)	4,4	4,2	4,3	4,9	4,8	4,7
Budgetdefizit (% BIP)	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5
Staatsschulden (% BIP)	72,5	73,1	74,4	74,5	80,3	79,2

Quelle: European Economic Forecast - Spring 2014

Trotz positiver Entwicklungen in Teilbereichen müssen laut EK nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler Ebene Konsolidierung und Struktur-reformen weiterhin konsequent umgesetzt werden. Dies wird insbesondere in den länderspezifischen Empfehlungen zum Nationalen Reformprogramm Österreichs 2014 deutlich.

Stärken und Schwächen aus Sicht der EK (Stand Juni 2014)

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Österreich weist gegenüber der Eurozone weiterhin einen Wachstumsvorsprung auf. ▪ Der österreichische Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor robust und weist weiterhin die geringste Arbeitslosenrate in der gesamten EU sowie eine steigende Beschäftigungsrate auf. ▪ Maßnahmen zur Beschränkung des Zugangs zu Vorruhestandsregelungen und zur Setzung von Anreizen für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben wurden gesetzt. Eine Stärkung der Anreize für einen späteren Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt ist in Vorbereitung. ▪ Die durchgeführten Reformen in der Altersversorgung dürften die Risiken für die Tragfähigkeit des Systems zum Teil reduzieren. ▪ Bildungsergebnisse haben sich zuletzt in Österreich in allen Kategorien verbessert, dennoch bleibt die Lesekompetenz unter dem EU-Durchschnitt, und der sozioökonomische Hintergrund der Eltern hat weiterhin signifikanten Einfluss auf die Lernleistung. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nach 2014 soll es wieder zu einer Reduktion des Budgetdefizits und der Staatsverschuldung kommen (nach den Einmaleffekten hervorgerufen durch die Hypo), dennoch besteht weiterhin die Gefahr einer Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung des mittelfristigen Ziels. ▪ Die mittel- und langfristigen Ausgaben für das Pensions- und Gesundheitswesen sowie z.T. für die Pflege stellen - vor dem Hintergrund der Alterung - ein Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dar. ▪ Die Steuer- und Abgabenbelastung zählt zu den höchsten in der EU. U.a. sind die Steuerbelastung und Sozialbeiträge im Zusammenhang mit dem Faktor Arbeit hoch. ▪ Die Beschäftigungsquote und Beschäftigungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen liegt in Österreich noch immer unter dem EU-Durchschnitt. Eine beschleunigte Harmonisierung des Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern und die Kopplung an die gestiegene Lebenserwartung fehlen. ▪ Ebenso wird das Beschäftigungspotenzial von Frauen und MigrantInnen nicht ausgeschöpft, u.a. wegen fehlender Kinderbetreuung oder inadäquater Anerkennung von Qualifikationen. ▪ In der Hochschulbildung bestehen Finanzierungs- und Organisationsprobleme.

Konkrete Länderspezifische Empfehlungen der EK im Zusammenhang mit dem Nationalen Reformprogramm 2014 (Stand Juni 2014)

Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern:

Es sind weitere Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um das mittelfristige Ziel der Haushaltsstrategie zu erreichen und die Schuldenregel zu erfüllen, damit die Schuldenquote auf einem dauerhaften Abwärtspfad verbleibt. Dabei sollen die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden besser festgelegt bzw. gestrafft sowie Finanzierungsbefugnisse besser aufeinander abgestimmt werden.

Konsolidierungsanstrengungen erhöhen

Langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems gewährleisten:

Frührenten sollen weiter eingedämmt und die Effektivität der Reformen bei Ruhestandsregelungen überwacht werden. Die Harmonisierung des gesetzlichen Eintrittsalters von Frauen und Männern soll nachverfolgt und das gesetzliche Eintrittsalter an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden.

Frührenten weiter eindämmen

Pensionsantrittsalter anheben

Arbeitsmarktchancen verbessern und Faktor Arbeit entlasten:

Maßnahmen sollen gesetzt werden, um die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften, MigrantInnen und Frauen zu stärken. Dies soll u.a. durch die Verbesserung von Ganztagsbetreuungseinrichtungen und Langzeitpflegediensten sowie durch eine bessere Anerkennung von Qualifikationen von MigrantInnen und Förderung der frühkindlichen Erziehung geschehen. Außerdem soll die effektive Steuer- und Sozialversicherungsbelastung auf Arbeit, insbesondere für Geringverdiener, gesenkt werden.

Erwerbsbeteiligung von Älteren, MigrantInnen und Frauen zu stärken

Wettbewerb soll gefördert werden:

Hindernisse bei der Gründung interdisziplinärer Gesellschaften sollen beseitigt und Beschränkungen für den Zugang zu regulierten Berufen geprüft werden.

Umstrukturierung verstaatlichter und teilweise verstaatlichter Banken soll vorangebracht werden:

Transparente und unterschiedene Schritte zum Abschluss der Umstrukturierung bzw. Abwicklung dieser Banken sind wichtige Voraussetzungen zur Wahrung der Finanzstabilität und minimieren die negativen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen.

Banken-Umstrukturierung vorantreiben

5 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (OECD)

Fokus: Strukturreformen umsetzen, Bildungssystem reformieren

Die OECD hat ihre Wachstumsprognose für Österreich im Mai 2014 leicht nach unten revidiert. Demnach wird die österreichische Wirtschaft heuer statt um 1,7 %, wie Ende 2013 erwartet, nur um 1,5 % wachsen. Im kommenden Jahr soll das österreichische BIP dann um 2,1 % wachsen. Der Wachstumsvorsprung gegenüber der Eurozone bleibt damit vorerst bestehen. Die Erholung der Wirtschaft ist laut OECD auf expandierende Exportmärkte, wachsendes Vertrauen und allgemein günstige Finanzierungsbedingungen zurückzuführen. Die Inflation in Österreich liegt über dem Durchschnitt der Währungszone, wird heuer allerdings etwas zurückgehen und dadurch Realeinkommenszuwächse ermöglichen. Positiv ist, dass Wohnungsbau- sowie Ausrüstungsinvestitionen zugenommen haben. Der private Konsum ist allerdings noch verhalten, sollte aber aufgrund eines stärkeren Beschäftigungswachstums ab Ende 2014 und realer Einkommenszuwächse steigen. Bei den weiterhin notwendigen Konsolidierungsbestrebungen sollte laut OECD der Fokus auf einer Reduzierung der Ausgaben liegen, insbesondere für Frühpensionen.

Wachstumsvorsprung gegenüber Eurozone bleibt vorerst

Wohnungsbau- und Ausrüstungsinvestitionen nehmen zu

Privater Konsum noch verhalten

Konjunkturindikatoren für Österreich- OECD

Jährliche Veränderung	2011	2012	2013	Prognose	
				2014	2015
BIP (real)	2,9	0,7	0,4	1,5	2,1
Privater Konsum	1,1	0,4	0,0	0,4	1,2
Exporte von Waren und Dienstleistungen	6,8	1,6	2,4	4,4	5,5
Leistungsbilanz (% BIP)	1,6	2,4	2,7	2,9	3,0
Inflation (HCPI), in %	3,6	2,6	2,1	1,4	1,6
Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Eurostat)	4,2	4,4	5,0	5,0	4,6
Budgetdefizit (% BIP)	-2,4	-2,6	-1,5	-2,8	-1,3

Quelle: OECD Economic Outlook, Vol. 95, 2014/1 (Mai 2014)

Im letzten Länderbericht „Economic Surveys Austria“ vom Juli 2013 unterstreicht die OECD Österreichs gute wirtschaftliche Leistung bei gleichzeitig starkem sozialem Zusammenhalt und einer erfolgreichen Sozialpartnerschaft. Trotzdem hält der Druck auf den Staatshaushalt auch nach der Krise an. Trotz der laufenden Haushaltskonsolidierung ist im Bereich der öffentlichen Dienst- und Transferleistungen langfristig mit einem beträchtlichen Ausgabendruck zu rechnen. Die erfolgreiche Expansion österreichischer Finanzdienstleister Richtung Osteuropa setzt den Sektor zudem einem Risiko aus. Weiters sieht die OECD die Notwendigkeit für ambitionierte Reformen in den Bereichen Pensionen, Bildung und Gesundheit sowie in der Verwaltung. Die Reformen gehen zwar voran, sind jedoch noch nicht in ausreichendem Maße umgesetzt.

Reformen bei Pensionen, Bildung, Gesundheit und Verwaltung nach wie vor notwendig

Stärken und Schwächen aus Sicht der OECD (Stand Juli 2013)

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Österreich weist ein hohes Maß an materiellem Wohlstand und an Lebensqualität auf, u.a. bewirkt durch eine erfolgreiche, exportorientierte Wirtschaft, qualifizierte Arbeitskräfte, günstige Bedingungen für einen dynamischen Unternehmenssektor sowie durch die Sozialpartnerschaft. ▪ Die Sozialpartner sind „Manager des Wandels“. ▪ Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und Umweltstandards sind besonders hoch, Einkommensungleichheit ist besonders niedrig in Österreich. ▪ Österreichs Arbeitsmarkt hat sich während und v.a. nach der Krise im europäischen Vergleich (niedrigste Arbeitslosenquote in der EU) sehr gut entwickelt, die duale Ausbildung ist eine der Stärken Österreichs. ▪ Maßnahmen zur Stärkung der Banken wurden unternommen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen sind notwendig, um dem anhaltenden Druck auf den Staatshaushalt entgegenzuwirken. Ebenso wird die Alterung der Gesellschaft - ohne gegenzusteuern - Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen haben. ▪ Bildungswege werden zu früh festgelegt und Bildungsergebnisse von MigrantInnen zeigen Verbesserungspotenzial. ▪ Das Hochschulwesen steht wegen steigender StudentInnenzahlen bei niedrigeren Budgets unter starkem Druck. ▪ Es gibt nach wie vor Aufholbedarf bei der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. ▪ Österreich hinkt bei der Beschäftigung älterer Personen nach. ▪ Das Gesundheitssystem ist im Vergleich zu anderen Ländern teuer. ▪ Die staatliche Unterstützung des Bankensektors bleibt beträchtlich und wird möglicherweise in noch höherem Ausmaß erforderlich sein.

Konkrete Empfehlungen laut OECD Länderbericht (Stand Juli 2013)

Konsolidierungsbemühungen weiter vorantreiben: Die strukturelle Haushaltskonsolidierung, die einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht, muss weiter vorangetrieben werden.	Weitere Konsolidierungsmaßnahmen notwendig
Bildungssystem weiter reformieren: MigrantInnen sollen im Bildungsbereich besser gefördert und ihre Arbeitsmarktperspektiven verbessert werden. Universitäten sollten ihre StudentInnen auswählen und Studiengebühren einheben können - bei gleichzeitigem Ausbau des Stipendiensystems und der Kreditangebote für StudentInnen.	Bildungsreformen auf allen Ebenen notwendig
Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern: Es braucht mehr qualitativ hochwertige und leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder jeden Alters.	Schaffung von mehr Kinderbetreuungseinrichtungen nötig
Pensionssystem zukunftsfit gestalten: Die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte sollte vorangetrieben und die verbliebenen Frühpensionsmöglichkeiten beseitigt werden. Veränderungen bei der Lebenserwartung müssen sich im Pensionssystem widerspiegeln.	
Bankenumstrukturierung fortführen: Von international tätigen Banken sollten klare Strategien zur Stärkung ihrer Kapitalbasis gefordert werden, die der erforderlichen Rückzahlung von staatlichem Kapital Rechnung tragen. Auch die Umstrukturierung der verstaatlichten Banken sollte fortgeführt werden.	Fortführung der Bankenumstrukturierung

6 Zusammenfassung & Einschätzung der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Österreich hat durch kluge Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, nachhaltig mit großen Herausforderungen umgehen zu können. Die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU, die steigende Beschäftigung, die erfreuliche Zahl der Unternehmensneugründungen, die Leistungen der österreichischen Unternehmen, u.a. die starke Exportperformance, bezeugen dies.

Österreich ist gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen

Gemäß den aktuellen Ergebnissen des WKÖ-Wirtschaftsbarometers, der größten Umfrage der gewerblichen Wirtschaft, erwarten die Unternehmen eine Erholung, die allerdings nur sehr gemächlich Schwung aufnimmt. Die Erholung fällt damit deutlich schwächer aus als in vergleichbaren Phasen der Konjunkturerwicklung in der Vergangenheit. Die Unternehmen erwarten eine Verbesserung ihrer Umsätze und insbesondere der Exporte. Der Mix aus negativem Wirtschaftsklima und schwacher Auftragslage führt zu einer nur verhaltenen Investitionstätigkeit.

WKÖ-Wirtschaftsbarometer signalisiert schleppende Erholung

Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der bestehenden Unsicherheiten und Risiken sowie der moderaten Wachstumsprognosen für 2014 und 2015 gilt es deshalb mehr denn je, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich nachhaltig zu sichern und zu stärken. Um dies zu erreichen, müssen bestehende Stärken weiter ausgebaut sowie Chancen genutzt, vorhandene Schwächen behoben und Risiken im Blickfeld behalten werden.

Es gilt mehr denn je, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes nachhaltig zu stärken!

SWOT-Analyse für Österreich

<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ geopolitisch günstige Lage ▪ sektorale Vielfalt und Flexibilität der Wirtschaft ▪ erfolgreiche Internationalisierung ▪ Infrastruktur ▪ geringe Arbeitslosenquote und geringe Jugendarbeitslosigkeit ▪ duales Ausbildungssystem ▪ effektive Sozialpartnerschaft ▪ Lebensqualität, Wohlstand und Kaufkraft ▪ Gesundheits- und Umweltstandards ▪ Schutz geistiger Eigentumsrechte 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsverschuldung & Budgetdefizit ▪ hohe Steuern- und Abgabenquote ▪ langsames Reformtempo (in der Verwaltung, bei Pensionen, in der Bildung und im Gesundheitsbereich) ▪ hohe Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsabgaben ▪ niedriges faktisches Pensionsantrittsalter und Beschäftigung Älterer ▪ Vereinbarkeit von Familie und Beruf ▪ geringe Aktienmarktkapitalisierung und Verfügbarkeit von Venture Capital oder Private Equity
<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auflösung des Reformstaus ▪ Zukunftsinvestitionen (in Bildung, Innovation, F&E und Infrastruktur) ▪ Gründer- und Innovationspotenzial ▪ Exportorientierung in Richtung der Wachstumsmärkte (BRICS, Türkei und Osteuropa) ▪ Potenzial für Direktinvestitionen ▪ Kreativwirtschaft ▪ Nutzung der offenen Arbeitsmärkte ▪ Stärkung und Aufwertung der dualen Ausbildung 	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Internationale Risiken (Rohstoffpreise, Ungleichgewichte in der Eurozone und Schuldenkrise in Europa) ▪ Fortsetzung des Reformstaus ▪ Finanzierbarkeit des Sozialsystems ▪ Rückgang der Investitionen von Unternehmen ▪ Rückgang der Auslandsdirektinvestitionen ▪ Fachkräftengpass ▪ Kreditklemme

Quelle: eigene Darstellung

Die von den internationalen Organisationen ausgesprochenen Empfehlungen, die zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes beitragen würden, decken sich mit wichtigen und zum Teil langjährigen Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich. Diese Forderungen sowie Vorschläge für eine zukunftsorientierte Standortpolitik finden sich u.a. in der **Jahresagenda 2014** der Wirtschaftskammer Österreich.

Angesichts der budgetären Lage und der notwendigen Sanierung der öffentlichen Finanzen muss eine ambitionierte Staats- und Verwaltungsreform in Angriff genommen und eine effiziente Erbringung von Leistungen auf allen Gebietskörperschaftsebenen als Ziel verfolgt werden. Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist insofern unabdingbar, weil Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen gehen und den Spielraum für nachhaltige Investitionen nehmen. Mit Schulden kann man sich auf Dauer kein Wachstum erkaufen. Aufgrund der bestehenden hohen Steuer- und Abgabenbelastung kann eine konsequente Konsolidierung aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich nur ausgabenseitig erfolgen.

Parallel zur Budgetkonsolidierung und zum Schuldenabbau müssen auch dringend notwendige Strukturreformen in den Bereichen Verwaltung, Pensionen, Gesundheit und Bildung ehestmöglich umgesetzt werden. Begleitend dazu müssen auch Wachstumsimpulse für Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Innovation, Bildung und Infrastruktur gesetzt werden, um das Produktivitäts- und Innovationspotenzial der österreichischen Wirtschaft zu steigern.

Zur erfolgreichen Umsetzung dieser Vorhaben erscheint es unabdingbar, dass alle relevanten Akteure der österreichischen Wirtschaftspolitik auf ambitionierte Art und Weise Handlungsbereitschaft beweisen und die Weichen in Richtung Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit stellen, damit Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Österreich nicht nur erhalten, sondern auch gestärkt werden und der Wirtschaftsstandort Österreich wieder an Attraktivität gewinnt.

Empfehlungen der Organisationen entsprechen Forderungen der WKÖ, nämlich:

- **Ambitionierte Staats- und Verwaltungsreform,**
- **Konsolidierung,**
- **Steuer- und Abgaben senken,**
- **weitreichende Strukturformen sowie**
- **Wachstumsimpulse und Zukunftsinvestitionen**

Interessenpolitische Schwerpunkte der WKÖ zusammengefasst:

Mehr Wachstum braucht weitere Reformen und Zukunftsinvestitionen.

- **Steuerreform mit Steuerentlastung**
- **Bürokratie abbauen und Entlastung für Unternehmen**
- **Unternehmensfinanzierung sichern und ausbauen**
- **Bildung: Fachkräfte für die Wirtschaft**

7 Quellen

Europäische Kommission, Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2014 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2014, COM(2014) 421 final, 2. Juni 2014

Europäische Kommission, European Economic Forecast - Spring 2014, European Economy 3/2014, Mai 2014

Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission, Jahreswachstumsbericht 2014, SWD (2013) 800 final, 13. November 2013

Fiskalrat, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2013, 2. Juli 2014

Fiskalrat, Empfehlung des Fiskalrates zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2014, 2. Juli 2014

Internationaler Währungsfonds, Austria: 2014 Article IV Consultation, IMF Country Report 14/278, 15. September 2014

Internationaler Währungsfonds, IMF Executive Board Concludes 2014 Article IV Consultation with Austria, Press Release No. 14/423, 15. September 2014

OECD, Economic Outlook Vol. 95, 2014/1, Mai 2014

OECD, Economic Surveys Austria, Juli 2013

Rat der Europäischen Union, Empfehlungen des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2014 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2014, 10799/14, 16. Juni 2014

WIFO, Prognose für 2014 und 2015: Erholung mit ausgeprägter Unsicherheit, Juni 2014

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Dossiers Wirtschafts-
politik informieren regelmäßig
über aktuelle wirtschafts-
politische Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung